



Bundesamt für
Verfassungsschutz



Linksextremismus

Erscheinungsformen
und Gefährdungspotenziale

Linksextremismus

Erscheinungsformen
und Gefährdungspotenziale

Inhaltsverzeichnis

Einleitender Überblick	5
Autonome	8
Antideutsche	12
Parteien und sonstige Gruppierungen	13
„Deutsche Kommunistische Partei“ und Umfeld	14
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“	15
„GegenStandpunkt“	15
Trotzkisten	16
Offen extremistische Strukturen in der Partei „DIE LINKE“	16
„Kommunistische Plattform“	16
„Sozialistische Linke“	17
„Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“	17
„Antikapitalistische Linke“	17
„Geraer/Sozialistischer Dialog“	18
„Marxistisches Forum“	18
„marx21“	18
„Rote Hilfe e.V.“	19
Linksextremistische Gewalt und Militanz	20
Konfrontative Gewalt: Massenmilitanz und „Schwarze Blöcke“	23
Objektbezogene Anschläge	24

Linksextremistische Aktionsfelder	26
Antikapitalismus	26
Antiglobalisierung	27
Antirepression	28
Antimilitarismus	30
Antifaschismus	33
Antigentrifizierung	35
Antirassismus	37
Kurdistanolidarität	40
Linksextremistische Verbreitungsstrukturen	41
Internet und soziale Netzwerke	41
Publikationen	42
Musik	43
Fazit	44



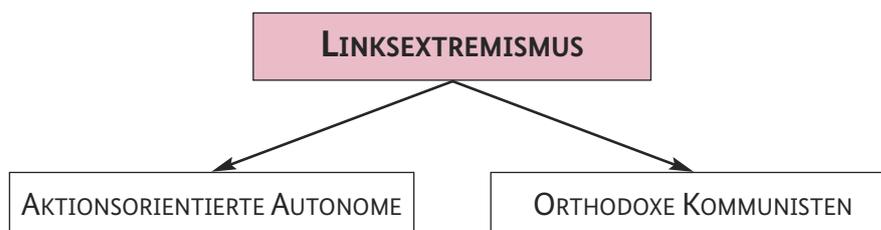
Einleitender Überblick

Linksextremistische Bestrebungen in Deutschland zielen darauf ab, die bestehende demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. Anstelle von „Kapitalismus“ und „bürgerlicher Gesellschaft“ streben Linksextremisten ein „herrschaftsfreies“ (anarchistisches) oder kommunistisches System an.

Die theoretischen Leitfiguren hierfür sind – in unterschiedlichem Ausmaß und wechselnder Interpretation – Marx, Engels, Lenin und diverse anarchistische Vordenker, ergänzt durch kommunistische und anarchistische Konzeptionen.

Gewalt, verstanden als „revolutionäre Gewalt“ der vermeintlich „Unterdrückten“ gegen die „Herrschenden“, gilt grundsätzlich als legitim. Unterschiede in Zielsetzung und Herangehensweise an die angestrebte Revolution, insbesondere in der Anwendung konkreter Gewalt, stehen indes einem einheitlichen Vorgehen des linksextremistischen Spektrums entgegen.

Zwei Hauptströmungen – aktionsorientierte Autonome und orthodoxe Kommunisten – prägen heute das Bild des deutschen Linksextremismus.



Autonome attackieren den demokratischen Rechtsstaat mit zum Teil ungezügelter Gewalt („Propaganda der Tat“). Streng nach ideologischer Lehrmeinung handelnde (orthodoxe) Kommunisten bekämpfen ihn derzeit hauptsächlich durch Propaganda und gewaltfreie Aktionen.

Anders als orthodoxe Kommunisten befassen sich autonome Linksextremisten weitaus weniger mit ideologischer Basisarbeit. Sie sind in der Regel gewaltorientierter und zugleich ideologiefreier als orthodoxe Kommunisten. Zudem pflegen sie oft einen vermeintlich „lebendigen“ Jargon, der politische Gegner – z.B. Polizisten – in Wahrheit jedoch häufig entmenslicht („Bullenschweine“) und damit immer wieder zur Entfesselung von Gewalt beiträgt.

Beide Strömungen schließen sich geistig – wie andere Extremismen auch – hermetisch ab und ignorieren so jegliche Kritik von außen. Ihr exklusiver Wahrheitsanspruch, ihr Fanatismus, ihr ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, ihr Antipluralismus, ihre Intoleranz gegenüber Andersdenkenden sowie ihre Anfälligkeit für Verschwörungstheorien erschwert es ihnen, die Wirklichkeit in ihrer Differenziertheit wahrzunehmen.

Bei aller Unterschiedlichkeit linksextremistischer Weltanschauungen glauben deren Anhänger den Schlüssel dafür gefunden zu haben, gesellschaftliche und politische Probleme „ein für alle Mal“ lösen zu können. Statt den bisweilen komplexen Weg des demokratischen Diskurses zu wählen, flüchten sie sich lieber in meist monokausale Denk-, Erklärungs- und Lösungsmuster. Missstände in der Demokratie sollen nicht beseitigt werden, vielmehr soll die freiheitliche Verfassungsordnung in ihrer Gesamtheit abgeschafft werden.



Unabhängig vom Gebrauch unterschiedlicher Begrifflichkeiten sind Linksextremisten bestrebt, gesellschaftliche Konflikte im Sinne ihrer revolutionären Ziele zu instrumentalisieren. Dafür engagieren sie sich in verschiedenen gesellschaftlichen Aktionsfeldern, in denen sie radikalisiert intervenieren. Ideologische Grundlage ist die Ablehnung des „Kapitalismus“. Übereinstimmend gilt:

**Nicht der „Kapitalismus“ ist in der Krise,
der „Kapitalismus“ selbst ist die Krise.**

„Kapitalismus“ wird als Auslöser von Kriegen, Rassismus, ökologischen Katastrophen, sozialer Ungleichheit und Wohnraumzerstörung interpretiert. Der „Kapitalismus“ ist für Linksextremisten somit mehr als eine bloße Wirtschaftsordnung. Im linksextremistischen Diskurs bestimmt er die soziale und politische Form sowie die Vision einer radikalen gesellschaftlichen und politischen Neuordnung. Ob anarchistisch oder kommunistisch: Die parlamentarische Demokratie als sogenannte bürgerliche Herrschaftsform soll in jedem Fall „überwunden“ werden.

Aus diesem Grund übergehen oder legitimieren Linksextremisten üblicherweise auch Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen bzw. kommunistischen Diktaturen oder in Staaten, welche sie – angeblich – vom „Westen“ bedroht sehen. Bis heute rechtfertigen, loben und feiern deshalb sowohl orthodoxe Kommunisten als auch autonome Aktivisten die linksterroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) oder ausländische Linksterroristen als vermeintliche „Befreiungsbewegungen“ oder gar „Widerstandskämpfer“.

Gemeinhin gewinnen orthodoxe Kommunisten ihren politischen Nachwuchs über ihre eigenen Jugendorganisationen.

Autonome rekrutieren neue Anhänger erfahrungsgemäß bei Konzerten in Szeneobjekten, durch Veranstaltungen im Umfeld von Universitäten oder über Themen wie „Antifaschismus“. Oft ist dabei das Misstrauen gegenüber Neumitgliedern sehr ausgeprägt – vor allem wegen der verbreiteten „Spitzelangst“ innerhalb der Szene. Neue Aktivisten müssen sich in ihrer Gruppe oft erst bei einschlägigen Demonstrationen „bewähren“, etwa durch Ausübung von Gewalt.



Autonome

Die Bezeichnung Autonome stammt aus dem Griechischen und bedeutet übersetzt in etwa „nach eigenen Gesetzen lebend“. Autonome zielen auf eine maximale „Selbstbestimmung“ und wenden sich daher gegen jede Form von „Herrschaft“, egal ob im Privatleben, in der Schule, in der Ausbildung, an der Universität oder am Arbeitsplatz („Keine Macht für niemand“).

Selbst Elemente der direkten Demokratie lehnen sie gemeinhin ab, weil – so ihre Sicht – auch in ihr, etwa bei Volksabstimmungen, Mehrheiten über Minderheiten herrschen und dadurch „falsche“ Entscheidungen herbeigeführt werden können.

Gesicherte empirische Daten zum sozialen Hintergrund Autonomer sind rar. Die meisten Aktivisten autonomer linksextremistischer Gruppen sind kaum älter als 30 Jahre und männlich. Viele der bundesweit agierenden Autonomen absolvieren eine Ausbildung oder studieren – und leben schwerpunktmäßig von staatlichen Transferleistungen. Stetiger Wandel und eine hohe Fluktuation prägen die vielfältige Szene. Auch deshalb existieren derartige Zusammenschlüsse oft nur einige Jahre.

Zu den zentralen Merkmalen der Weltanschauung autonomer Linksextremisten gehört vor allem ein ausgeprägter Individualismus, der sich sehr deutlich vom Kollektivismus orthodoxer Kommunisten unterscheidet.

Anders als diese zielen Autonome auf keine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft ab. Sie betreiben keine Stellvertreterpolitik für das „Proletariat“

ZOMBIE
ANTIFASCISTA

Unser Wahlkampfteam*



AWGR



Antifaschistische
Wahlkampfteam

tifa gut



gegen
nazis!

antifaschistische aktion potsda

oder eine imaginierte gesellschaftliche Gruppe; sie wollen vielmehr primär autonome Lebensentwürfe für sich selbst verwirklichen – gemäß ihrer „Politik der ersten Person“.

Daher bekämpfen Autonome die rechtsstaatliche Demokratie (auch unter Einsatz von Gewalt), welche sie für ein „repressiv-kapitalistisch-faschistische[s]“ Grundübel halten („Schweinesystem“). Als diffuser politischer Gegenentwurf schwebt ihnen vielmehr ein Gemeinwesen vor, das sich stark an anarchistischen und kommunistischen Ideologiefragmenten orientiert. Auch darin unterscheiden sie sich signifikant von orthodoxen Kommunisten.

Autonome bilden derzeit die weitaus größte Personengruppe des gewaltorientierten deutschen Linksextremismus. Auch wenn sie weder ideologisch noch strategisch homogen sind und handeln, sind sie sich in den folgenden Prämissen einig:

- Zielsetzung einer individuellen und sozialen Autonomie (Kampf gegen die Lohnarbeit)
- Ablehnung jeglicher Stellvertreterpolitik (Antiparlamentarismus)
- Staatsfeindschaft (Antietatismus)
- Antiautoritarismus
- Organisationsfeindlichkeit sowie
- ein hoher Grad an Gewaltorientierung

Ihr politisches Fernziel ist die Überwindung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Zusammenschlüsse existieren in nahezu allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg, dem Rhein-Main-Gebiet, Leipzig und Nürnberg, aber auch in kleineren Universitätsstädten wie Göttingen und Freiburg.

Gewalt ist für Autonome nicht nur ein „Mittel subjektiver Befreiung“, Gewalt – auch gegen Personen – erscheint ihnen in der politischen Auseinandersetzung unverzichtbar im Kampf gegen ein angebliches „System von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. Gewalt ist Ausdruck der Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen, eine Möglichkeit des „Widerstands“, der „Preis“, den die Verantwortlichen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zahlen müssen.

Da sie sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Hierarchien ablehnen, orientieren sich autonome Linksextremisten in der Regel weder an autoritären noch an totalitären Regimen, wie z.B. denen in der ehemaligen Sowjetunion, in China, in Nordkorea, auf Kuba oder in der früheren DDR.

Jegliche Organisations- oder gar Parteienbildung – samt Satzungen, Geschäftsordnungen, formalen Mitgliedschaften und Gremienarbeit – stellt für sie (unter Hinweis auf die Einschränkung individueller Freiheiten) kei-

ne akzeptable politische Handlungsoption dar. Vielmehr formieren sich Autonome eher in losen und wenig verbindlichen Zusammenschlüssen, denen es aber naturgemäß oft an Kontinuität, Handlungsfähigkeit und damit an politischer Wirksamkeit mangelt.

Die Spanne der Organisationsmodelle reicht aktuell von lokalen Bezugsgruppen über Bündnisse – unter der Bedingung der Beibehaltung der eigenen Gruppenidentität – bis zu eher ausdifferenzierten Organisationsstrukturen. So ist im Laufe der Zeit eine Vielzahl von Strukturmodellen mit spezifischen ideologischen Ausrichtungen entstanden. Mittlerweile agieren insbesondere jüngere Autonome zunehmend punktuell und aktionsbezogen, beispielsweise im Rahmen von Kampagnen.

Die Frage einer Kooperation mit anderen Teilen des linksextremistischen Spektrums ist jedoch ebenso wie die Frage der Organisation autonomer Zusammenhänge untereinander ein beständiges Diskussions- und Streitthema. Im Grunde sind beide Aspekte eng verwoben, da es hier um die Substanz autonomen Selbstverständnisses geht. Verfechter einer Organisation und einer – zumindest themenbezogenen – Zusammenarbeit mit anderen Strömungen definieren sich selbst als Postautonome.

Während vielerorts weitgehend voneinander unabhängige Kleinstgruppen agieren, bemühen sich diese strategisch orientierten Aktivisten immer wieder darum, auch bundesweite Zusammenschlüsse aufzubauen und zu festigen.

Mit einer Öffnung gegenüber anderen ideologischen Strömungen soll die eigene Handlungsfähigkeit erhöht werden.

Beispiel hierfür ist das 2005 formal gegründete informelle, bundesweit agierende Netzwerk „Interventionistische Linke“ (IL). Es fungiert als Scharnier zu nichtgewaltorientierten Linksextremisten und in einzelnen Fällen auch zu nichtextremistischen Gruppen und Initiativen.

Ziel der IL ist es, vor allem linksextremistische Akteure zusammenzuführen. In einem Diskurs – möglichst gemeinsam mit nichtextremistischen Organisationen – soll eine radikalisierte, letztlich antagonistische Position artikuliert sowie eine Akzeptanz für militante Aktionsformen durchgesetzt werden. Aktuell befindet sich die IL in einem Transformationsprozess hin zu einer bundesweiten Organisation.



Antideutsche

Eine ideologische Sonderrolle – auch im Spektrum des gewaltorientierten Linksextremismus – nehmen Positionen ein, deren Ausgangspunkt die kompromisslose Ablehnung der Existenz einer deutschen Nation darstellt.

Anders als traditionelle Linksextremisten zeigen sich die sogenannten Antideutschen bedingungslos solidarisch mit dem Staat Israel und wenden sich deshalb auch gegen jede Form von Kritik an den USA, die als Schutzmacht Israels gesehen werden. Diese Haltung bedingt einen unüberbrückbaren Widerspruch zur Ausrichtung anderer, insbesondere antiimperialistischer Gruppen. Daher kommt es vor allem im Aktionsfeld „Antifaschismus“ zu anlassbezogenen Bündnissen von Antideutschen und anderen Linksextremisten.

Die ideologischen Positionen der Antideutschen entstanden primär nach der deutschen Wiedervereinigung, als Teile des linksextremistischen Lagers ein Erstarken des deutschen Nationalismus befürchteten und darin die Gefahr eines großdeutschen „Vierten Reiches“ zu erkennen glaubten. Dem deutschen Volk wird, aus antideutscher Sicht, außerdem eine Neigung zu „Faschismus“ und Massenmord unterstellt, die zwangsläufig zur physischen Vernichtung anderer Ethnien führen müsse.

Der deutsche „Volkskörper“, so die Forderung antideutscher Zusammenschlüsse, müsse daher in der Konsequenz aufgelöst und in eine multikulturelle Gesellschaft integriert werden.

Antideutsche sind überwiegend – mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten – in autonomen Antifa-Gruppierungen, in Einzelfällen auch in revolutionär-marxistischen Zusammenhängen aktiv. Vereinzelt konnten sich Anhänger dieser Ideologie in den vergangenen Jahren stärker innerhalb der Szene positionieren. Damit trugen sie zeitweise zu einer erkennbaren Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei.

Inzwischen ist das spalterische Potenzial dieser Bewegung jedoch stark zurückgegangen, da die antideutsche Strömung den Höhepunkt ihres Einflusses auf den traditionellen Linksextremismus überschritten hat.

GEGENSTANDPUNKT
marx 21
Magazin für internationalen Sozialismus

SAV
Sozialistische
Alternative

Sozialistische
Linke
Die gesellschaftlich orientierte Strömung



DKP

MLPD
Marxistisch-Leninistische
Partei Deutschlands

Cuba si

Parteien und sonstige Gruppierungen

Ideologie und Politik orthodoxer Kommunisten gründen wesentlich auf den „wissenschaftlichen“ Theorien kommunistischer Vordenker wie Karl Marx, Friedrich Engels oder Wladimir Iljitsch Lenin. Bereits im 19. Jahrhundert galt Marx und Engels der „Kapitalismus“ als eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die sich – gemäß ihrer Auslegung – im Kern auf Ausbeutung gründete und deshalb sowohl zu massenhafter „Verelendung“ als auch zur finalen Revolution führen müsse. Auf der Basis derartiger Vorstellungen halten orthodoxe Kommunisten bis heute „kapitalistische“ Gesellschaften für „unreformierbar“.

Ihr zentrales Ziel besteht folglich darin, zunächst eine sozialistische Ordnung zu schaffen, um – von dieser ausgehend – eine „klassenlose“, kommunistische Idealgesellschaft zu errichten. Auf dem Weg über den „Klassenkampf“ und die „Diktatur des Proletariats“ wird damit als Endziel eine angeblich „herrschaftsfreie kommunistische Gesellschaft“ herbeigewünscht.

Im Unterschied zu militanten Linksextremisten halten orthodoxe Kommunisten die Anwendung von Gewalt erst in einer revolutionären Situation für legitim und unverzichtbar. Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist insbesondere die „führende Partei“ als „Avantgarde“ legitimiert, Gewalt anzuwenden, da sie allein niemals irren kann („die Partei hat immer Recht“).

Bislang kam es bei fast allen Versuchen, die kommunistische Ideologie in die Realität umzusetzen, weltweit zu mehr oder minder massenhaften und zugleich massiven Menschenrechtsverletzungen mit zum Teil Millionen von Todesopfern, wie z.B. in der früheren Sowjetunion, in China oder Kambodscha. Derartige historische Fakten ignorieren orthodoxe Kommunisten normalerweise allerdings überaus konsequent.

„Deutsche Kommunistische Partei“ und Umfeld

Die 1968 gegründete „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) bekennt sich zur Theorie von Marx, Engels und Lenin als Leitlinie ihres politischen Handelns. Um deren Vorgaben zu erreichen, setzt sie traditionell nicht allein auf Wahlen, sondern auch auf den außerparlamentarischen Kampf durch Einflussnahme und Bündnisarbeit in demokratischen Initiativen und Gruppierungen. Bereits vor 1989 agierte die DKP deshalb maßgeblich in der „Friedensbewegung“, um eine einseitige Abrüstung des Westens während des Kalten Krieges gesellschaftsfähig zu machen.



Wie die Partei bis heute betont, war sie daneben „stets eng verbunden“ mit der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR, als deren politischer Arm sie bis 1989 in der Bundesrepublik fungierte. Hierfür erhielt sie in der Vergangenheit – unter dem Stichwort „SED-Westarbeit“ – im Gegenzug erhebliche Finanzmittel, um damit u.a. die hohe Zahl an hauptamtlichen DKP-Mitarbeitern zu entlohnen.

Seit 1989, nach Wegfall der Unterstützung durch die DDR, ist die Mitgliederzahl der DKP in der Bundesrepublik Deutschland auch deshalb rasant gesunken. Das zentrale Ziel der Partei bleibt jedoch weiterhin der

„grundlegende Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen“ sowie die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems.

Der marxistisch-leninistisch orientierte Verband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) ist zwar formal unabhängig, betrachtet sich aber

als Nachwuchsorganisation der DKP. Auch die SDAJ verfolgt das Ziel, in der Bundesrepublik Deutschland eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu etablieren. Im „Zukunftspapier“ – ihrer programmatischen Grundlage – heißt es dazu:

„Der Sozialismus braucht die Überwindung des kapitalistischen Staates, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihrer [sic!] Verbündeten. Dieser Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen benötigt die aktive Unterstützung und Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung.“¹

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“

Schwerpunkte der politischen Arbeit der 1982 gegründeten „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) sind die „Koordinierung und Revolutionierung über Ländergrenzen hinweg“, insbesondere Parteaufbau, Klassenkampf und Arbeitskämpfe sowie „Umweltarbeit als zweitwichtigste Kampflinie für die Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution“.

Die streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtete MLPD sieht ihre Zielsetzung dabei im „Sturz der Diktatur des Monopolkapitals“ und in der „Errichtung der Diktatur des Proletariats, um den Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ aufzubauen.

Unter linksextremistischen Organisationen gilt die MLPD allerdings seit Jahren als weitgehend isoliert. Bei Wahlen bleibt sie ähnlich erfolglos wie die DKP.

Die MLPD verfügt mit „REBELL“ über einen eigenen Jugendverband. Dieser ist – wie auch die Partei selbst – maoistisch-stalinistisch ausgerichtet und zielt auf die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ab.

„GegenStandpunkt“

Die netzartig organisierte Gruppe „GegenStandpunkt“ (GSP) vertritt eine modifizierte Marxismus-Konzeption. Sie lehnt dabei die parlamentarische Demokratie als „perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“ ab.

Fernziel ist auch bei ihr die revolutionäre Überwindung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, die ihrerseits allerdings auf jeglichen staatlichen Ordnungsrahmen verzichten könne, da „Staaten nichts anderes als institutionalisierte Gewaltapparate“ seien.

Innerhalb der linksextremistischen Szene ist auch diese Gruppierung weitestgehend isoliert, da sie weder eigene Kampagnen initiiert noch sich an Kampagnen anderer linksextremistischer Personenzusammenschlüsse beteiligt.

1 Homepage SDAJ, 13. November 2013.

Die Gruppe GSP widmet sich daher in erster Linie der Theorieproduktion und publiziert im Internet und in ihrer Vierteljahresschrift „GegenStandpunkt“. Außerdem organisiert GSP interne und öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die zur Theorie-Schulung der Anhänger sowie zur Verbreitung der spezifischen Ideologie – und damit zur Rekrutierung neuer Mitglieder – dienen.

Trotzkisten

Trotzkisten verfolgen die Taktik des Entrismus, die gezielte Unterwanderung anderer, meist konkurrierender Organisationen mit dem Ziel, diese durch verdeckte oder offene Einflussnahme für eigene ideologische und strategische Zwecke zu instrumentalisieren.

Diese Methode wird insbesondere von den Gruppierungen „marx21“ und „Sozialistische Alternative“ (SAV) praktiziert. Das Netzwerk „marx21“ ist die seit Jahren agilste trotzkistische Organisation. Sie bildet die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London.

Die SAV dagegen fungiert als deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „Committee for a Worker’s International“ (CWI) – ebenfalls mit Sitz in London – und versteht sich gemäß ihrem Statut als „revolutionäre, sozialistische Organisation in der Tradition von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht“.

Bundesweit sind in Deutschland derzeit zwölf internationale trotzkistische Dachverbände mit 20 Sektionen oder Resonanzgruppen vertreten.

Offen extremistische Strukturen in der Partei „DIE LINKE“

Während die Gesamtpartei „DIE LINKE“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz nicht beobachtet wird, weisen verschiedene Zusammenschlüsse innerhalb der Partei schon seit Jahren eine Vielzahl von tatsächlichen Anhaltspunkten für linksextremistische Bestrebungen auf (sogenannte offen extremistische Strukturen).

Diese versuchen, im Sinne ihrer extremistischen Programmatik stetigen Einfluss auf die politische Meinungsbildung innerhalb der Partei „DIE LINKE“ zu nehmen. Ihr Ziel ist die Überwindung des bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems hin zu einer Ordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland nicht vereinbar ist.

„Kommunistische Plattform“

Die „Kommunistische Plattform“ (KPF) ist ein bundesweit tätiger Zusammenschluss unter dem Dach der Partei „DIE LINKE“, der mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei sowie mit anderen inländischen Linksextremisten kooperiert.

Die KPF gilt als mitgliederstärkste offen extremistische Gruppierung innerhalb der Gesamtpartei „DIE LINKE“. Laut Satzung zielt die KPF auf eine „sozialistische Alternative zum bestehenden kapitalistischen System“. Sie bekennt sich darüber hinaus unverändert zu marxistisch-leninistischen Traditionen.

„Sozialistische Linke“

Die „Sozialistische Linke“ (SL), die auch im Bundesvorstand der Partei „DIE LINKE“ vertreten ist, hat sich bereits in ihrer Gründungserklärung von 2006 dafür ausgesprochen, den „Kapitalismus“ zu überwinden und dabei „an linkssozialistische und reformkommunistische Traditionen“ anzuknüpfen. Die DDR war für die SL „ein legitimer Versuch, auf deutschem Boden eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen“.

„Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“

Die 1991 gegründete, bundesweit tätige „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ (Cuba Sí) beim Parteivorstand der Partei „DIE LINKE“, hat – laut Satzung – die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba zum Hauptanliegen und zum wesentlichen Inhalt ihrer Tätigkeit gemacht.

Cuba Sí unterhält deshalb „freundschaftliche und solidarische“ Kontakte zu zahlreichen kubanischen Organisationen und Einrichtungen, u.a. zur „Kommunistischen Partei Kubas“ (PCC) sowie zum „Kommunistischen Jugendverband Kubas“ (UJC).

Eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverstößen der kubanischen Regierung findet dabei kaum statt. Vielmehr bekennt sich Cuba Sí zu „uneingeschränkter Solidarität“ mit dem Regime und seiner Politik. So werden etwa Medienberichte, in denen Kuba der Verletzung von Menschenrechten bezichtigt wird, immer wieder als Mischung aus Lügen und Halbwahrheiten diffamiert.

„Antikapitalistische Linke“

Die als loses Netzwerk in der damaligen „Linkspartei.PDS“ gegründete „Antikapitalistische Linke“ (AKL) ist seit Ende 2012 als neuer innerparteilicher Zusammenschluss der Partei „DIE LINKE“ in Form einer „Bundesarbeitsgemeinschaft“ (BAG) organisiert. In der AKL agieren auch Mitglieder der trotzkistischen SAV.

Die bundesweite Mitgliederversammlung vom 9. November 2013 in Hannover beschloss einstimmig einen „Aufruf zur Neugründung der AKL in der LINKEN“, der den alten Gründungsaufwurf aus dem Jahr 2006 ersetzen sollte.

Dieser Grundlagentext zum politischen Selbstverständnis mit dem Titel „Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut – für eine an-

tikapitalistische LINKE!“ fordert einen „grundsätzlichen Systemwechsel“. Die „kapitalistische Klassengesellschaft“ soll dabei durch „Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsstrukturen“ überwunden werden.

Ein Mitglied des BundessprecherInnen-Rates beschrieb die neukonstituierte AKL in diesem Zusammenhang ausdrücklich mit positivem Bezug zu den gängigen Ikonen der sozialistischen bzw. kommunistischen Ideologie:

„Die AKL hat deshalb mehr als andere Strömungen in der LINKEN das Recht, sich auf die Kräfte der Novemberrevolution und ihre bekanntesten Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zu berufen. [...] Die AKL sieht ihre Aufgabe innerhalb der LINKEN deshalb auch zu einer gehörigen Portion darin, diesen Irrealos ein Konzept der radikalen, oder wie es bei Marx, Lenin, Luxemburg und Liebknecht hieß, der revolutionären Realpolitik entgegen zu stellen.“²

„Geraer/Sozialistischer Dialog“

Der „Geraer/Sozialistische Dialog“ (GSoD) verfolgt die Intention, auf marxistischer Basis einen Kurs zur Förderung der Zusammenarbeit der konsequent sozialistischen Kräfte innerhalb der Partei „DIE LINKE“ zu entwickeln. Er fordert einen grundlegenden Richtungswechsel gesellschaftlicher Entwicklung hin zum Sozialismus.

„Marxistisches Forum“

Dem orthodox-kommunistischen „Marxistischen Forum“ (MF) fehlen für eine Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der Partei „DIE LINKE“ nach wie vor die satzungsgemäßen Voraussetzungen. Mitglieder des MF agieren jedoch auch in den anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei, wie der KPF, der SL, der AKL und dem GSoD. Das MF bezieht sich positiv auf Marx, Engels und Lenin und sieht den Sozialismus als Vorstufe zum angestrebten Kommunismus an. Es zeichnet ein besonders positives Bild der SED-Diktatur und glorifiziert dabei beispielsweise den „strukturellen Antifaschismus“ in der DDR.

„marx21“

Das im September 2007 gegründete trotzkistische Netzwerk „marx21“ will innerhalb der Gesamtpartei „DIE LINKE“ dazu beitragen, die Partei „zu stärken und so eine politische Alternative zum entfesselten Kapitalismus und zu den etablierten, neoliberalen Parteien aufzubauen“.

Von Beginn an agierten Mitglieder des Netzwerks dazu vorzugsweise im offen extremistischen Zusammenschluss SL. „marx21“ ist kein vom Parteivorstand anerkannter bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der Partei „DIE LINKE“, gleichwohl agiert das Netzwerk ähnlich wie die vorgenannten Zusammenschlüsse.

Es versucht, im Wege des Entrismus Einfluss auf die Gesamtpartei zu gewinnen. „marx21“ will vor allem das „kapitalistische System“ überwinden und wirkt in diesem Zusammenhang darauf hin, „DIE LINKE“ zielgerichtet „zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln“. Fernziel bleibt auch hier die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Zur Außendarstellung bedient sich „marx21“ diverser Konferenzen und Versammlungen. Im Rahmen des jährlich in Berlin stattfindenden Kongresses „MARX IS MUSS“ wirkt das Netzwerk auch mit anderen Linksextremisten zusammen.



„Rote Hilfe e.V.“

Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH), die ihre Bundesgeschäftsstelle in Göttingen betreibt, versteht sich seit den 1970er Jahren als eine eigenständige „Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“, die Straf- und Gewalttätern aus dem linksextremistischen Spektrum ausdrücklich auch politische und finanzielle Hilfe leisten will. So gewährt sie u.a. Unterstützung bei anfallenden Anwalts- und Prozesskosten sowie bei der Zahlung von Geldstrafen oder Geldbußen.

Mit ihrer „Gefangenenarbeit“ soll jene „Repression“ anprangert werden, die inhaftierten Linksextremisten angeblich widerfährt. Diese werden vor allem aus propagandistischen Gründen zu „politischen Gefangenen“ stilisiert, um so die Bundesrepublik als diktatorischen Staat erscheinen zu lassen und zu diskreditieren. Tatsächlich handelt es sich bei den betreuten Linksextremisten jedoch häufig um linksextremistische Gewalttäter oder – zumindest in der Vergangenheit – sogar um Linksterroristen.

Insofern versucht die RH mit ihrer Solidarität für inhaftierte Gesinnungsgenossen regelmäßig Täter in Opfer zu verwandeln. Anteilnahme und Unterstützung erfahren in der Regel freilich nur solche Häftlinge, die ihren Verbleib in der Szene bekräftigen und sich weigern, gegenüber Ermittlungsbehörden oder vor Gericht auszusagen – gemäß der szeneeigenen Devise:

„Anna und Arthur haltens Maul“.

Damit ist eine solche „Gefangenenarbeit“ in der Praxis weit entfernt von einem tatsächlichen Engagement für Menschenrechte oder für die Durchsetzung rechtsstaatlicher Verfahren.

Darüber hinaus beteiligt sich die RH an verschiedenen Demonstrationen und organisiert Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themenfeldern „Rechtshilfe“ und „staatliche Repression“.

Aufrufe zum Widerstand gegen den demokratischen Rechtsstaat, „die Repressionsbehörden“ sowie die vermeintliche Einschüchterung „linke[r] Aktivistinnen und Aktivisten“ runden dabei das Gesamtbild ihres Engagements ab.



Linksextremistische Gewalt und Militanz

Während einzelne Linksextremisten regelmäßig gewaltsame Ausschreitungen provozieren, begehen andere Szenemitglieder selbst keine schweren Straftaten, appellieren aber mitunter in Veröffentlichungen – mehr oder weniger verklausuliert – an ihre Gesinnungsgenossen, gegen Andersdenkende gewalttätig vorzugehen.

Teilweise liefern sie in Szene-Zeitschriften oder im Internet detaillierte Anleitungen, wie man beispielsweise Autos „abfackelt“ oder Molotow-Cocktails herstellt („Bastelanleitung“). Zugleich veröffentlichen sie gezielt Hinweise, wie man bei der Begehung von Straftaten Spuren vermeidet oder verwischt.

Friedliche bzw. gewaltfreie Demonstrationen stoßen in Teilen der Szene oftmals auf Ablehnung („Latschdemos“). Gewalt zeigt sich deshalb besonders häufig als Massenmilitanz im Zusammenhang mit Demonstrationen sowie durch häufig in Kleingruppen verübte, objektbezogene Anschläge in sämtlichen linksextremistischen Aktionsfeldern.

**Linksextremistische Gewalt soll dabei vor allem
Signalwirkung haben – auch gegenüber der eigenen Szene,
die man zu Nachfolgetaten animieren will.**

Bei Demonstrationen initiieren Linksextremisten Gewalt aber auch in der Hoffnung, dass andere, oftmals unpolitische Personen, die Gewalt weiter fortführen und so verschärfen.

Hauptträger linksextremistischer „Militanz“ sind in der Regel autonome und antiimperialistische Zusammenschlüsse. Sie üben Gewalt entweder als Straßen- bzw. Massenmilitanz oder mittels klandestiner (verdeckter) Aktionen aus (z.B. Brandanschläge, Farbschmierereien). Autonome Gewaltanwendung versteht sich dabei als pure „Gegengewalt“, als quasi „legitime“ Reaktion auf einen „kapitalistischen“ Staat, der die volle Selbstverwirklichung der Individuen angeblich verhindert.

Jenseits der politischen Dimension ihres Gewalteinsetzes erleben viele autonome Aktivisten die kollektive Ausübung von Massenmilitanz darüber hinaus als sinnstiftende Erfahrung.

**Die Gewalthandlung als solche wird zum Ausdruck eines
besonderen Lebensgefühls, zu einem selbstverständlichen
Element der eigenen Identität.**

Militanz soll aber auch, als Verstärker für Kampagnen, den politischen Forderungen von Linksextremisten weiteren Nachdruck verleihen.

Autonome sind daher bestrebt, ihre „widerständige Praxis“ in größeren Bewegungen zum Ausdruck zu bringen, allein schon wegen ihrer meist eigenen Schwäche und Marginalisierung. Sie suchen dabei immer wieder Anschlussmöglichkeiten an andere linksextremistische sowie gesamtgesellschaftliche Diskurse und Proteste. Aus diesem Grund kommt es innerhalb der Szene regelmäßig zu Diskussionen darüber, bis zu welchem Grad Gewalt „vermittelbar“ ist, bzw. inwieweit sie von nichtmilitanten Teilen der Szene befürwortet oder zumindest toleriert werden kann. Letztlich geht es darum, unterschiedliche Herangehensweisen oder Strategien des eigenen Lagers zu vereinen, von Demonstrationen und Blockaden bis hin zu gewalttätigen Aktionen.





Konfrontative Gewalt: Massenmilitanz und „Schwarze Blöcke“

Eine typische Form autonomer Gewalt stellt die Massenmilitanz dar. Allgemein gelten unter Autonomen bereits die bloße Anwesenheit von Polizeikräften auf Demonstrationen sowie entsprechende Auflagen von Behörden als „Schikane“ und „Provokation“. Sobald die Polizei gegen Gewalttäter einschreitet, agitieren Autonome quasi reflexartig gegen angeblichen „Polizeiterror“ oder eine scheinbar überzogene Polizeipräsenz, um damit im Nachklang der öffentlichen Debatte zentrale Begriffe zu besetzen.

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen extremistischen Phänomenbereichen wirken darüber hinaus oftmals als Beschleuniger radikalisierender Prozesse hin zu militanten Kampfmitteln. Dies gilt im besonderen Maße zwischen Links- und Rechtsextremismus. Die Kontrahenten suchen dabei die direkte Konfrontation bei Demonstrationen durch manifeste Gewalt in der Menge.

Gewaltorientierte Linksextremisten fühlen sich hier oft als Speerspitze einer über das eigene Spektrum hinausreichenden „antifaschistischen“ Gegenwehr.

Gewalttätige Ausschreitungen, so die Botschaft, sind bei jeder Aktion in der Öffentlichkeit einzukalkulieren. Entsprechend bilden sich bei Demonstrationen immer wieder flexible Kleingruppen oder die bekannten „Schwarzen Blöcke“.

Hierzu formieren sich verummte Aktivisten in schwarzer, uniformer Kleidung und Ausrüstung, um das Gemeinschaftsgefühl zu festigen, um Stärke zu zeigen und um die Identifizierung von Straftätern sowie die Strafverfolgung selbst zu erschweren. Das provokative Auftreten solcher

Blöcke – meist mit entsprechenden Bannern an der Spitze von Demonstrationen – erhitzen nicht selten die Stimmung unter den anwesenden Teilnehmern.

Die in solchen Blöcken Marschierenden versuchen die Polizei durch Gewalt zu provozieren, um so Veranstaltungen planmäßig eskalieren zu lassen. Die Verwendung von Wurfgeschossen, Pyrotechnik oder Brandsätzen wird hierbei als Zeichen eines angeblich legitimen Protests akzeptiert.



Objektbezogene Anschläge

Neben konfrontativer Straßengewalt sorgen schwere, verdeckt vorbereitete und ausgeführte Anschläge gewaltorientierter Linksextremisten immer wieder für Schlagzeilen. Solche Taten finden fast ausschließlich im Schutz der Dunkelheit statt („Euch gehört die Macht, uns die Nacht“).

Sie richten sich gegen Sachgüter, u.a. auch Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur, wie etwa Bahnanlagen. Sie sind meist planvoll konzipiert und setzen auf eine entsprechende Signalwirkung.

Neben der medialen Resonanz sollen die angegriffenen Einrichtungen oder Unternehmen aber auch zu einer Änderung ihres Verhaltens genötigt werden: Das heißt,

Anschläge sollen finanziell „wehtun“ und praktisch stören.

Die Aktionen werden flankierend in Selbstbeichtigungsschreiben ideologisch begründet und gerechtfertigt, die Botschaften richten sich dabei in erster Linie an Szeneangehörige und darüber hinaus auch an die Öffentlichkeit. Zum Schutz vor Strafverfolgung verwenden die Täter wechselnde Aktionsbezeichnungen oder verzichten gänzlich auf Namen („no-name-Militanz“).

Nur wenige Gruppierungen operieren mittlerweile noch unter gleichbleibenden Bezeichnungen, um die Kontinuität ihres Kampfes zu dokumentieren und für Szenediskussionen klarer ansprechbar zu bleiben.

Ein besonders spektakulärer Anschlag ereignete sich im Juli 2013 auf dem Gelände der Elbe-Havel-Kaserne in Havelberg (Sachsen-Anhalt).



Die Täter setzten mit zahlreichen Brandsätzen mehrere Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand, darunter neun LKW, einen Transportpanzer und vier Antennenfahrzeuge. Der hierbei entstandene Sachschaden belief sich auf rund zehn Millionen Euro. Wenngleich in diesem Fall kein Bekenner-schreiben veröffentlicht wurde, so sprechen doch Zielauswahl und Vorgehensweise für eine „antimilitaristische“ Motivation der Täter.

Linksextremisten werden ebenfalls verdächtigt, unter der Bezeichnung „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) zwischen 2009 und 2011 fünf Brand- und Sprengstoffanschläge in Berlin verübt und an den Bundesminister des Innern und einen Bundesanwalt im März 2011 scharfe Patronen versandt zu haben.





Linksextremistische Aktionsfelder

Linksextremisten widmen sich einer ganzen Reihe von politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Themen. Die Szene engagiert sich seit Jahrzehnten in zahlreichen Aktionsfeldern, wobei insbesondere autonome Linksextremisten dazu neigen, Themenbereiche – je nach Einschätzung der Lage – zu wechseln („Themenhopping“). Bisweilen werden bewusst verschiedene Aktionsfelder verknüpft, um dadurch deren Wahrnehmung und Wirkung in der Öffentlichkeit zu steigern.

Immer wieder versuchen Linksextremisten, sich in gesellschaftliche Protestbewegungen einzubringen, deren nichtextremistische Unterstützer sie als Potenzial für ihre systemüberwindenden Ziele instrumentalisieren wollen. Linksextremistische Gewalt zeigt sich dabei in allen, im Folgenden aufgeführten Aktionsfeldern.

Antikapitalismus

Ein nach wie vor aktuelles Hauptaktionsfeld von Linksextremisten ist der „Antikapitalismus“. Aus linksextremistischer Sicht kennzeichnen den „Kapitalismus“ nicht nur soziale Missstände, sondern auch gesellschaftspolitische Phänomene wie Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Repression, Gentrifizierung und Militarismus. Umso wichtiger erscheint Linksextremisten folglich der „antikapitalistische Kampf“.

Insbesondere die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bildet vor diesem Hintergrund schon seit längerem den Bezugsrahmen für diverse Protestaktionen unter Beteiligung von Linksextremisten. Im Fokus der sogenannten Krisenproteste steht dabei Frankfurt am Main, deutsche Finanzmetropole und zugleich Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), die unter Linksextremisten gleichsam als Symbol der „kapitalistischen Gesellschaft“ gilt („Haut den Banken auf die Pranken“).

Als maßgeblich verantwortlich für die Protestplanung und -mobilisierung gilt in diesem Zusammenhang das 2012 gegründete bundesweite Aktionsbündnis „Blockupy“. Es versteht sich als Teil eines europaweiten Netzwerkes gegen die Spar- und Reformmaßnahmen im Rahmen der Finanzkrise. Ihm gehört neben linksextremistischen Zusammenschlüssen wie der IL und dem kommunistischen antinationalen „...umsGanze!“-Bündnis (uG) auch ein breites Spektrum nichtextremistischer Personenverbände an.

In den letzten Jahren richteten sich die Proteste vor allem gegen den Neubau der EZB und insbesondere gegen den Festakt zu dessen Eröffnung am 18. März 2015 in Frankfurt am Main.

In dessen Verlauf kam es daher zu massiven Ausschreitungen. Dabei wurden u.a. Bankfilialen und Einzelhandelsgeschäfte mit Stein- und Farbwürfen beschädigt sowie Polizei- und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr angegriffen und in Brand gesetzt. Zahlreiche Polizeibeamte erlitten Verletzungen.

Die anschließenden Kundgebungen und die große Abschlussdemonstration des Blockupy Bündnisses mit insgesamt 17.000 Teilnehmern verliefen dagegen weitgehend friedlich.



Antiglobalisierung

Das Thema „Antiglobalisierung“ rückte durch die Proteste gegen den G 7 Gipfel 2015, der vom 7. bis 8. Juni auf Schloss Elmau in Bayern stattfand, erneut in den Fokus linksextremistischer Agitation.

Der ökonomische, politische und kulturelle Wandel sowie die damit einhergehende Veränderung der Gesellschaft und ihrer Lebensbedingungen haben in den letzten Jahren zu einer sich weltweit entwickelnden Protestbewegung geführt. Als Verantwortliche des „kapitalistischen“ Globalisierungsprozesses werden multinationale Konzerne, die Regierungen der wichtigsten Industrienationen (G7) sowie Institutionen wie der „Internationale Währungsfonds“ (IWF) oder die „Welthandelsorganisation“ (WTO) angesehen. Insbesondere die neoliberale Wirtschaftsordnung wird für eine Verschärfung des ökonomischen Nord-Süd-Gefälles, für sozial ungerechte Umverteilungsprozesse („Sozialabbau“) sowie für irreversible Umweltzerstörungen stigmatisiert.

In diesem Kontext mobilisierten 2015 Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtungen neben zahlreichen Organisationen aus dem nichtextre-

mistischen Spektrum zu Protesten gegen das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den Vereinigten Staaten.



Maßgeblicher Impulsgeber für die bundesweite Vernetzung des Protests war das Aktionsbündnis „Stop G7 Elmau“, in dem neben nichtextremistischen Strukturen auch Gruppen des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums vertreten waren. Unter den Letztgenannten nahmen die IL, das „[3A]*Revolutionäre Bündnis“ (3A-Bündnis) und die „Perspektive Kommunismus“ (PK) eine übergeordnete Rolle ein.



Das Aktionsbündnis „Stop G7 Elmau“ hatte vom 3. bis zum 8. Juni zu einer Aktionswoche in München, Garmisch-Partenkirchen und Elmau aufgerufen, deren Höhepunkt eine für den 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen angemeldete Großdemonstration war, an der etwa 4000 Personen, darunter auch rund 1.000 gewaltorientierte Linksextremisten, teilnahmen.

Antirepression

Antirepression – also der Kampf gegen eine mutmaßliche Unterdrückung – bleibt für gewaltorientierte Linksextremisten auch weiterhin ein zentrales Thema. In der linksextremistischen Argumentation dient Repression der Verhinderung revolutionärer Prozesse und wird als entscheidendes Mittel zur Herrschaftssicherung verstanden.



Neben der traditionellen Antirepressionsarbeit, Gefangenenhilfe und Protesten gegen Exekutivmaßnahmen, treten hierbei auch vermehrt neue Methoden technischer Überwachung in den Fokus der Agitation.

Vor allem die Solidarität mit inhaftierten „GenossInnen“ im In- und Ausland besitzt im Rahmen der Antirepressionsarbeit einen besonderen Stellenwert. Notwendige Exekutivmaßnahmen gegen autonome Gewalttäter, die in der Szene als wehrhafte „Antikapitalisten“ verherrlicht werden, stoßen deshalb naturgemäß auf Ablehnung und Widerspruch.

Die Zeitschrift „GefangenenInfo“, die alle zwei Monate von dem Netzwerk „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ herausgegeben wird, bietet vermeintlichen „politischen Häftlingen“ aus dem linksextremistischen Spektrum deshalb ein Forum, um gegen das nach ihrer Auffassung „repressive System“ der Demokratie zu opponieren.

Weil Autonome das legitime Gewaltmonopol des Rechtsstaates ablehnen, agitieren und agieren sie intensiv gegen den ihnen gegenüber vermeintlich „repressiven Staat“ und seine „kapitalistischen“ Handlanger. Zu den



bevorzugten Zielen der Antirepressionsarbeit gehören naturgemäß Polizeibeamte. Sie repräsentieren für Linksextremisten in ganz besonderem



Maße den verhassten „Repressionsapparat“. Aber auch Nachrichtendienste und andere staatliche Einrichtungen (inklusive der Bundeswehr) bzw. Behörden dienen aus linksextremistischer Sicht vor allem dazu, „Aufstandsbekämpfung“ im Innern der Bundesrepublik zu betreiben.

Gerade Angriffe auf Polizisten bei Veranstaltungen sowie auf Polizeistreifen und -reviere finden in der gewaltorientierten Szene überwiegend Akzeptanz. Die Täter nehmen bei Attacken auf Polizisten mittlerweile auch schwere Verletzungen und sogar die Gefährdung von Menschenleben in Kauf. Die gängige Begründung hierfür lautet: „Kriminell ist das System, nicht der Widerstand dagegen“.

Antimilitarismus

Im deutschen Linksextremismus gehört das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ schon seit einigen Jahren zu den Themen mit herausragender Bedeutung („Krieg dem Krieg“). Militärische Einsätze Deutschlands in Krisengebieten gelten nicht nur in der autonomen Szene als Versuch, „Kapitalinteressen“ – etwa durch Sicherung von Rohstoffen oder Absatzmärkten im Ausland – durchzusetzen.

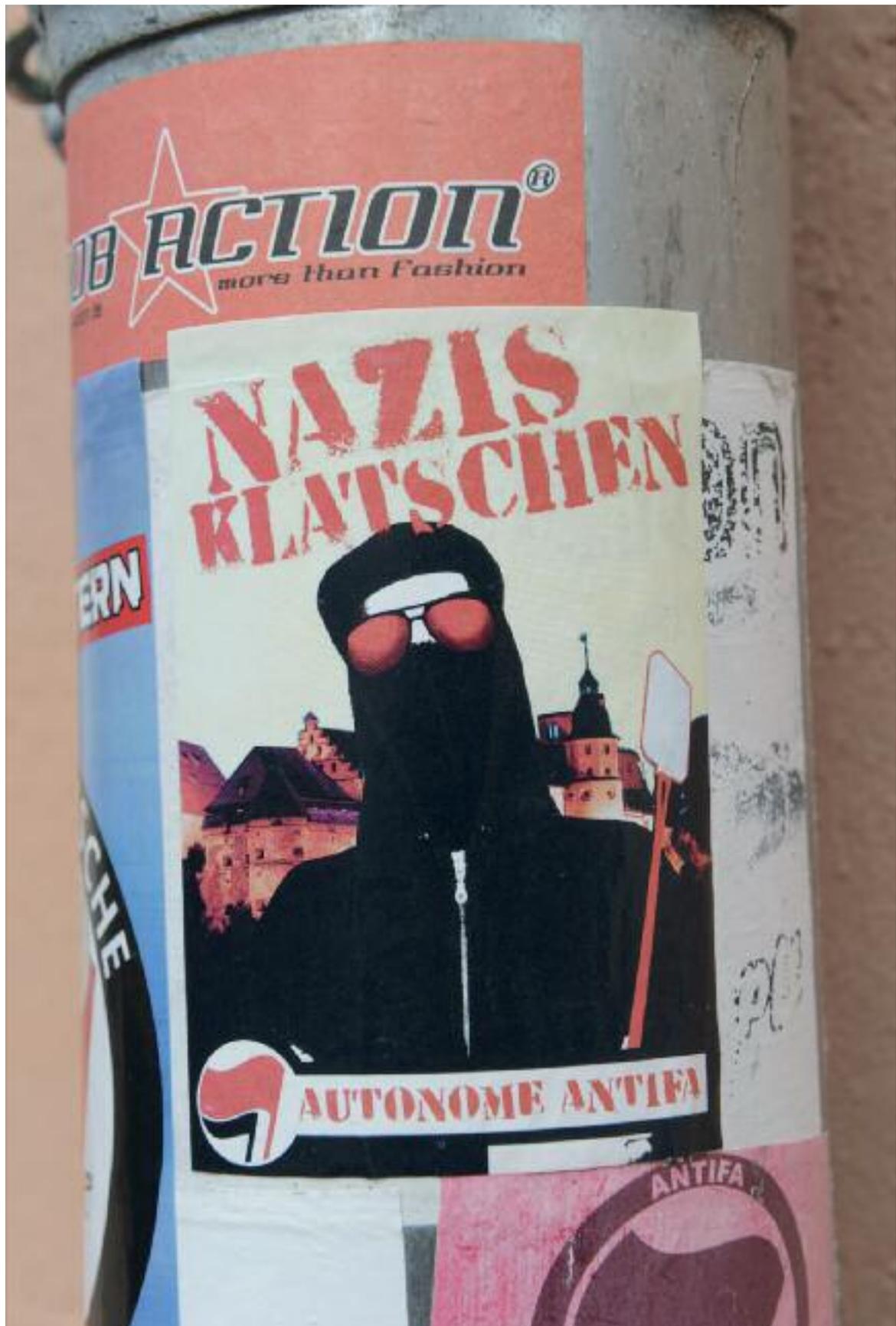
Vor allem die Bundeswehr und ihre Kooperationspartner firmieren unter linksextremistischen „Antimilitaristen“ als Organisationen, die für „kapitalistische“ Zwecke in militärischen Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden.

Ihre umfassende Kapitalismuskritik verknüpfen Linksextremisten bei „antimilitaristischen“ Protesten deshalb mit einer breiten Themenpalette:

„Krieg beginnt hier nach wie vor beim Kampf um Ressourcen. Krieg beginnt hier an den europäischen Grenzen mit rassistischer Flüchtlingsabwehr. Krieg beginnt

hier heißt, dass im Alltag Geschlechternormen (re)produziert werden, die militärische, männliche Identitäten begründen. Krieg beginnt hier heißt auch, Militär und militärische Logik in alltäglichen Institutionen – an Schulen, im Arbeits-





amt, Militärforschung an der Uni, zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Entwicklungszusammenarbeit.“³

Selbst „zivile“ Orte wie Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten oder Berufsmessen werden deshalb ins Visier genommen. Dort, so beteuern Linksextremisten immer wieder, betreibe die Bundeswehr angeblich eine schleichende „Militarisierung“ der Gesellschaft. Mit – aus ihrer Sicht – „kreativen Aktionen“ wollen gewaltorientierte Linksextremisten deshalb beispielsweise Schulen als Plätze markieren, in die nach ihrer Meinung „militärische Formierung und Rekrutierung für die Bundeswehr tagtäglich eindringt“.

Insbesondere aber Anschläge gegen Einrichtungen der Bundeswehr sind für die linksextremistische Szene ein probates Mittel, um „antimilitaristischen Widerstand“ zu leisten.

Derartige Aktionen reichen von Störungen einschlägiger Bundeswehrveranstaltungen in der Öffentlichkeit (z.B. Gelöbnisse) über Farbschmierereien an Liegenschaften bis hin zu Brandanschlägen auf Fahrzeuge („Konkrete Abrüstung“).

Exklusive Ziele „militanter Aktionen“ sind neben der Bundeswehr auch Unternehmen, die mit der Truppe zusammenarbeiten, darunter u.a. Hersteller von Rüstungsgütern oder einschlägige Logistikunternehmen. Neben der üblichen Verursachung von Sachschäden halten autonome Linksextremisten vor diesem Hintergrund auch gezielte körperliche Angriffe auf einzelne Bundeswehrangehörige für legitim.



Antifaschismus

Das traditionelle Aktionsfeld „Antifaschismus“ bildet ein ganz zentrales Element der politischen Aktivitäten von Linksextremisten. Entsprechende Aktionen richten sich dabei gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Auch direkte körperliche Angriffe auf Rechtsextremisten gelten bei gewaltorientierten Linksextremisten als legitim und in der Szene vermittelbar. Die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Demonstrationen und andere Veranstaltungen von Rechtsextremisten sind dabei stets aufs Neue ein Beleg für das hohe Gewaltpotenzial innerhalb der linksextremistischen Szene.



Die Aktivitäten „antifaschistischer“ Linksextremisten (Antifa) dienen indes nur vordergründig der Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Eigentliches Ziel bleibt der „bürgerlich-demokratische Staat“, der in der Lesart von Linksextremisten den „Faschismus“ als eine mögliche Herrschaftsform akzeptiert, fördert und ihn deshalb auch nicht ausreichend bekämpft. Letztlich, so wird argumentiert, wurzle der „Faschismus“ in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen des „Kapitalismus“.

Dementsprechend rücken Linksextremisten vor allem die Beseitigung des „kapitalistischen Systems“ in den Mittelpunkt ihrer „antifaschistischen“ Aktivitäten.

Die „Antifa“-Arbeit verbindet auf diese Weise ihren „Kampf“ gegen Rechtsextremismus mit dem (gesellschaftlich schwerer vermittelbaren) „Kampf gegen das kapitalistische System“.

Dabei fungiert der „Antifaschismus“ gleichsam als Kitt für die durchaus heterogene Szene und eröffnet ihr zugleich Anschlussmöglichkeiten an demokratische Diskurse. Gerade durch ihre „antifaschistischen“ Aktivitäten rekrutieren Autonome deshalb immer wieder neue Anhänger.

Ein Teil der Linksextremisten sieht insbesondere in der Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen Staat, „Kapitalismus“ und „Faschismus“ seine Hauptaufgabe. Dazu heißt es in einer einschlägigen Internetpublikation:

„Die antifaschistische Praxis darf demzufolge nicht allein auf den Naziaufmarsch ausgerichtet sein [...]. Daher muss die radikale, antifaschistische Kritik und eine an dieser orientierte Praxis an die Wurzeln des bürgerlichen Denkens und der bürgerlichen Gesellschaft gehen.“⁴

Autonome Linksextremisten, die das Gewaltmonopol des Staates generell ablehnen, setzen meist auf „antifaschistische Selbsthilfe“. Da ihnen der „Kapitalismus“ per se als latent „faschistisch“ erscheint, übertragen sie diese Einschätzung auch auf dessen Repräsentanten. Dies gilt gerade für Polizeibeamte, wenn diese legale Demonstrationen von Rechtsextremisten zu sichern versuchen („Deutsche Polizisten schützen Faschisten“).



Daneben sammeln Linksextremisten im Rahmen der sogenannten Antifa-Recherchearbeit detaillierte Informationen über tatsächliche (oder vermeintliche) rechtsextremistische Aktivisten, Trefflokale, Schulungseinrichtungen und „Naziläden“. Sie veröffentlichen Namen und Adressen im Internet bzw. in einschlägigen Szenepublikationen, plakatieren „Steckbriefe“ oder verteilen Flugblätter im direkten Umfeld der Betroffenen. Einzelpersonen werden geoutet („Antifa is watching you!“), um sie so in ihrem Wohnumfeld zu bedrohen und öffentlich anzuprangern. Eigens initiierte Kampagnen, wie z.B. „Do it yourself – In die antifaschistische Offensive gehen“, zielen darauf ab, mutmaßliche „Nazis“ auch gesellschaftlich zu brandmarken.



Mit solchen Aktionen soll Rechtsextremisten zugleich verdeutlicht werden, dass sie aufgrund ihrer politischen Einstellung mit direkten Konsequenzen seitens der Antifa rechnen müssen. Der Recherchearbeit kommt somit insbesondere bei der Identifizierung potenzieller Angriffsziele eine große Bedeutung zu, denn sie animiert geradezu zu militanten Aktionen Gleichgesinnter („Antifa heißt Angriff!“).

Antigentrifizierung

Ein weiteres Aktionsfeld, insbesondere von autonomen Linksextremisten, ist ihr Kampf gegen Gentrifizierung. Der Begriff Gentrifizierung meint generell die Aufwertung eines Stadtteils durch dessen Sanierung oder durch Neubauten. Aus Sicht der Autonomen wird dadurch soziale Ungleichheit generiert, da diese Art der Stadtteilsanierung mittelfristig zu einer Verdrängung der dort ansässigen Bevölkerung durch wohlhabendere Bevölkerungsschichten führt.

Daher propagieren linksextremistische Gentrifizierungsgegner Aktionen und Straftaten gegen die – aus ihrer Perspektive – „antisoziale[n] Stadtumstrukturierungen“.

Oft benennen und outen sie dabei im Internet „kapitalistische“ Um- oder Neubauprojekte und verweisen auf tatsächlich oder vermeintlich Verantwortliche: Wohnungsbaugesellschaften, Investoren, Immobilienfirmen, „Helfer“ aus Justiz, Polizei, Politik und Verwaltung sowie entsprechende „Unterstützer“ aus der Wirtschaft.

Tatsächlich lässt sich immer wieder beobachten, dass es in der Folge solcher Outingaktionen bei den benannten „Schuldigen“ oft zu erheblichen Straftaten kommt, etwa zu Sachbeschädigungen an hochwertigen Fahrzeugen („Nobelkarossentod“).

Linksextremisten benutzen das Thema Gentrifizierung aber auch, um legitime demokratische Proteste gegen zum Teil rasante Mieterhöhungen sowie gegen Zwangsräumungen durch den Einsatz von Militanz zu verschärfen. Dieses Verhalten verfolgt ureigene Anliegen der Szene: Weil sie für ein freies, selbstbestimmtes Leben kämpfen, beanspruchen Autonome vor allem für sich selbst – quasi als unantastbare Inseln im „kapitalistischen“ Meer – sogenannte Freiräume außerhalb der „kapitalistischen Verwertungslogik“.

Hierzu zählen sie besetzte Häuser und Jugendzentren, kollektive Wohnprojekte und selbstverwaltete Kulturzentren, die für die linksextremistische Szene (aber auch ihr jeweiliges Umfeld) als Veranstaltungs- und Versammlungsräume fungieren.

Solche Szeneobjekte dienen dazu, Konzerte zu veranstalten, Partys zu feiern und Geld zu verdienen. Zugleich bieten sie die Möglichkeit, Schulungen durchzuführen, Gäste zu beherbergen und Nachwuchs zu politisieren.

Aus autonomer Sicht unterstreichen derartige Objekte ganz besonders die Vitalität der eigenen Szene und den Sinn ihres politischen Handelns. Linksextremisten erproben darin im Kleinen alternative Gesellschaftsmo-
delle und versuchen so, eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen.

Szeneobjekte gelten deshalb als wichtige Widerstandsstrukturen – frei von Überwachung, „kapitalistischer“ Herrschaft, Konformitäts- und Konsum-
druck - mit entsprechendem Symbolcharakter. Mancherorts bilden solche „Freiräume“ – mit einschlägigen Kneipen, Buchläden und Musikclubs –
bewusst eine subkulturelle „Gegenkultur“, in der sich auch Nichtextremis-
ten aufhalten.

Entsprechend aggressiv reagiert die Szene üblicherweise auf den (ver-
meintlich) drohenden Verlust solcher „Freiräume“. Erfahrungsgemäß ge-
nügen bereits Diskussionen über mögliche Räumungen von Szeneobjek-
ten, um die Stimmung unter Autonomen beinahe reflexartig anzuheizen
und zu radikalisieren. Mit ihrem martialischen Drohpotenzial will die ge-
waltorientierte Szene im Einzelfall ganz gezielt den „Preis“ von politischen
Entscheidungen hochtreiben. Ihre Absicht liegt darin, einen „Vorge-
schmack“ auf den eventuellen Räumungsfall zu liefern, um damit eine, ihr
möglichst genehme Handlungsweise der beteiligten Behörden sowie der
Politik durchzusetzen.

Herausragenden Symbolcharakter für die linksextremistische Szene hat
nach wie vor das autonome Zentrum „Rote Flora“ in Hamburg, das immer
wieder Ausgangspunkt gewalttätiger Aktionen im Hamburger Schanzen-
viertel ist. So kam es beispielsweise im Dezember 2013 zur Eskalation von
Gewalt im Rahmen einer Großdemonstration der linksextremistischen
Szene für den Erhalt der „Roten Flora“ – und damit zu den seit Jahren
schwersten Krawallen in Hamburg.



Die Auseinandersetzung resultierte aus einem Ultimatum zur Räumung
des Gebäudes, das der (damalige) Eigentümer an die Besetzer des autonomen
Zentrums gerichtet hatte. An der am Tag darauf durchgeführten De-

monstration unter dem Motto „Die Stadt gehört allen! Refugees, Esso-Häuser und Rote Flora bleibt“ beteiligten sich etwa 7.300 Teilnehmer; davon waren bis zu 4.700 Personen offensichtlich zu Gewalthandlungen bereit und entstammten zum Teil dem – auch aus dem Ausland angereisten – linksextremistischen Spektrum.

Ein weiteres bedeutsames Szeneobjekt stellt das erstmals im Jahr 1990 besetzte Haus Rigaer Straße 94 in Berlin dar, das neben einem autonomen Wohnprojekt „Rigaer94“ auch die Veranstaltungsstätte „Kadterschmiede“ beherbergt.

Zur „Verteidigung“ des Objekts, das zu den „letzten offen (teil-)besetzten Räumen Berlins“ gezählt wird, wurden wiederholt z.T. schwere Straftaten verübt, insbesondere gegen „staatliche Repressionsorgane“.

Auf polizeiliche Maßnahmen reagiert die Szene auch in diesem Fall regelmäßig mit schweren Ausschreitungen. Entsprechend rufen die Bewohner und Sympathisanten der „Rigaer94“ immer wieder zu Aktionen gegen den „kapitalistischen“ Staat und seinen „Repressionsapparat“ auf.

Doch Linksextremisten geht es letztlich um mehr:

Sie wollen einen „Kampf um die Stadt“, eine Stadt, die nicht nach der „Verwertungslogik des Kapitals“ funktioniert und deren Infrastruktur nicht Konsum und Kommerz in den Vordergrund stellt.

Spätestens mit den gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Jahre in einigen europäischen Metropolen (Paris, London, Stockholm) sind Städte für Autonome deshalb zum Synonym für Aufstände geworden, für „Riots“, die sich ohne Warnung aus einem einzigen Ereignis heraus entwickeln und zu einem Flächenbrand werden können.

Durch eine Verbindung mit unpolitischen und gesellschaftlich marginalisierten Jugendlichen – oftmals mit Migrationshintergrund – erhoffen sie sich eine Ausweitung der Massenmilitanz. Einer solchen Allianz kann der Boden bereitet werden, indem auch die Probleme sozial schwächerer, prekärer und randständiger Bevölkerungsschichten aufgenommen werden: sozial in der Verteidigung ihres Wohnraums und ihrer Arbeitsverhältnisse, politisch im Kampf gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

Antirassismus

Autonome Linksextremisten halten den „kapitalistischen Staat“ nicht nur für „faschistisch“, sondern auch für „rassistisch“.

Beispielhaft lässt sich dieses Denken anhand der Zuwanderungs- bzw. Asyldebatte verfolgen. In diesem Kontext wird der „kapitalistische“ Staat – zumindest in einzelnen Fällen – auf eine Stufe mit mordenden Rechtsextremisten gestellt („Nazis morden, der Staat schiebt ab; es ist das gleiche Rassistenpack“).



Auf „antirassistischen“ Demonstrationen nutzen und schüren autonome Linksextremisten in diesem Sinne immer wieder Aggressionen gegen Polizeibeamte. Entsprechende polizeiliche Gegenreaktionen dienen ihnen dann in der Regel als zusätzlicher Beleg für den angeblich „systemimmanenten Rassismus des Kapitalismus“.

Bedingt durch die seit Jahren wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Europa instrumentalisieren Linksextremisten dieses Thema bereits seit Längerem; denn

„Antirassismus“ gilt in der Szene als besonders emotionalisierungs-, mobilisierungs- und kampagnenfähig.

Aktuelle Anknüpfungspunkte für die Vorwürfe von Linksextremisten gegen Staat („institutioneller Rassismus“) und „kapitalistische Gesellschaft“ („struktureller Rassismus“) sind beispielsweise die Kontrollmaßnahmen an den europäischen Außengrenzen. Linksextremisten erkennen in dieser Thematik aber auch Anschlussmöglichkeiten an gesamtgesellschaftliche politische Diskurse. Ihr Credo lautet deshalb:

„Antikapitalistische und antirassistische Kämpfe gehören zusammen [...]. Denn Antirassismus heißt Kritik an Staat und Nation, weil die staatliche Diskriminierung von Menschen nach Herkunft und Nutzen der Logik geordneter Standortkonkurrenz folgt.“⁵





„Antirassistische“ Aktivitäten der linksextremistischen Szene sind dabei immer wieder gewalttätig. So kommt es im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik regelmäßig zu Sachbeschädigungen, Anschlägen durch Stein- und Farbbeutelwürfe auf kommunale oder staatliche Einrichtungen (Ausländerbehörden oder Gerichte), aber auch auf Gebäude demokratischer Parteien sowie auf Polizeikräfte.



Kurdistanolidarität

Der Internationalismus zählt gleichsam zum Kernbestand linksextremistischer Denk- und Handlungsweisen. Grenz- und organisationsübergreifende Solidaritätshandlungen zwischen Aktivisten zeigen sich dabei u.a. im Themenfeld „Kurdistanolidarität“, das ein traditionelles Agitationsfeld von Linksextremisten darstellt.

Auf Grund ideologischer Überschneidungen mit der „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) werden u.a. Solidaritätsveranstaltungen und Spendensammlungen durchgeführt, um den „kurdischen Befreiungskampf“ zu unterstützen. Vereinzelt reisen deutsche Linksextremisten auch in die kurdischen Gebiete im Grenzgebiet Türkei/Syrien/Irak/Iran, um dort konkrete Unterstützung zu leisten. Dabei gibt es einzelne Fälle, in denen sich deutsche Linksextremisten dem bewaffneten Kampf anschlossen haben. In der Mehrheit konzentriert sich die Unterstützungsarbeit vor Ort jedoch auf ein „humanitäres Engagement“.

So wirbt z.B. die MLPD um Freiwillige für die sogenannten „Solidaritätsbrigaden“, welche beim Wiederaufbau der bei den Kämpfen zwischen Kurden und Anhängern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zerstörten Stadt Kobane Hilfe bieten sollen.

AUFBAUPHASEN ZUR UNTERSTÜTZUNG

Die Brigaden werden in Stärke von vier Wochen Essen unterwegs sein. Die folgenden Termine sind wegen der Bus- und Anfahrtszeit und des notwendigen Grenzübertritts nicht strikt zu halten. Es gibt auch die Möglichkeit, für diesen besonderen Einsatz auf der Arbeitsschicht (Arbeitgeber) Sonderurlaub zu beantragen.

Block 1: Freitag 04.05.14, Samstag 04.10.14, Schwarm 81, Karlsruhe

Block 2: Freitag 16.11.13, Samstag 01.11.14, Schwarm 81, Karlsruhe

Block 3: Freitag 14.08.14, Samstag 14.11.13, Schwarm 81, Karlsruhe

Block 4: Freitag 04.02.14, Samstag 02.11.13, Karlsruhe und angrenzende Unterstützung der Fronten- und der Versorgung (eigene Verpflegung mitbringen)

Tele: 07031 419101 bis 1014 im Range

AUFTRUF

Erweiterung der in die MLPD, die in Deutschland als Partei der ArbeiterInnen für die Befreiung der Kurden kämpft. Am besten erreicht man dies über die Online-Registrierung der MLPD, in Karlsruhe/Offen und auch andere Organisationen an den Dienstorten möglich. Eine Teilnahme ist nur nach ausdrücklicher Einladung möglich.

INTERNATIONALES SOLIDARITÄTSFEST

mit Verknüpfung der Brigaden zum Aufbau eines Einheitsfrontfront in Kobane

Sa. 6. JUNI 11 bis 24 Uhr in und um das THEATRE WITTE

SOLIDARITÄTSBRIGADEN ZUM WIEDERAUFBAU VON KOBANÊ

MITHACHEN UND UNTERSTÜTZEN!

ICOR ANFOL MLPD



Linksextremistische Verbreitungsstrukturen

Die Art der Verbreitung linksextremistischer Gedanken und Inhalte hat sich – ähnlich wie in anderen Bereichen des Extremismus – in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt.

Hierfür sind in erster Linie die Entwicklungen im Umfeld der modernen Kommunikationstechnologien verantwortlich, die auch dem linksextremistischen Lager eine schnelle, kostengünstige und breitenwirksame Nutzung neuer Medien erlauben.

Internet und soziale Netzwerke

Linksextremisten dient die elektronische Kommunikation aktuell vor allem als Mittel zu „Mobilisierung und Revolte“. Während früher in Blogs und Foren über laufende Demonstrationen der Szene berichtet wurde, erfolgt dies heute live über Twitter, einschließlich der Steuerung von Demonstranten, Warnhinweisen auf mögliche Polizeikessel und der Mobilisierung für Blockaden.

Daneben dienen auch Internetplattformen und -foren sowohl als Kommunikationsmittel wie auch als offenes Medium zur propagandistischen Beeinflussung. Einen besonderen Vorteil für Linksextremisten bietet zweifelsohne die Anonymität des Internets, die eine Identifizierung der im virtuellen Raum befindlichen Personen deutlich erschwert oder gar verhindert.

Gerade aufgrund der Möglichkeit, Beiträge auch anonym zu veröffentlichen, werden extremistische Positionen inzwischen vermehrt unverhohlen und offen dargestellt.

Im Bereich des Linksextremismus erreichen nur wenige eigene Internetseiten eine Bedeutung jenseits ihrer lokalen, regionalen oder ideologischen Zusammenhänge. Um die eigene Wahrnehmbarkeit zu erhöhen, nutzen Linksextremisten daher gruppenunabhängige Internetplattformen wie „Indymedia Deutschland“ oder – verstärkt – „linksunten.indymedia“.

Ein wesentliches Ziel dieser beiden Internetplattformen besteht darin, eine „von staatlichen Kontrollen und kapitalistischen Interessen“ freie „Gegenöffentlichkeit“ zu etablieren. Dem dient auch das „Open Posting“, das jedem Nutzer die ungefilterte Veröffentlichung von Beiträgen über ein Eingabeformular ermöglichen soll, ebenso wie die barrierefreie Kommentarfunktion.

Daneben gebrauchen linksextremistische Gewalttäter beide Plattformen, um Täterklärungen oder Selbstbeichtigungsschreiben zu veröffentlichen.

Elektronische Kommunikationsmittel können sowohl Angriffsmittel als auch Angriffsziel sein. In diesem Sinne wird in Teilen des gewaltorientierten Linksextremismus die Frage gestellt, ob die sogenannte Cyber-Guerilla womöglich die militante Option des Widerstands im 21. Jahrhundert werden könnte.

Obwohl als potenzielle Angriffsziele staatliche und gesellschaftliche Institutionen, insbesondere sogenannte Kritische Infrastrukturen in Betracht kommen, reicht das linksextremistische Know-how in diesem Bereich bislang nur für Angriffe auf niedrigstem technischem Niveau (sogenannte low-level-Aktionen). Hierzu zählen Cyber-Attacken auf Extremisten anderer Prägung, die Beeinträchtigung von Internetangeboten, die Veränderung von Webseiten sowie das Entwenden personenbezogener Daten.

Digitale Recherchedatenbanken stellen inzwischen ein umfangreiches, auch personenbezogenes Wissen über den politischen Gegner zur Verfügung. Damit ist das digitale Outing schon heute mit der realen Welt auf eine Art und Weise verbunden, die zu einer unmittelbaren Gefährdung von Personen und Objekten führen kann.

Mit den neuen technischen Mitteln verändern sich perspektivisch auch Agitations- und Radikalisierungsvarianten. Das Internet wird mehr und mehr zum Katalysator neuer Strukturen, und damit zur Keimzelle neuer Aktionsformen in der Realwelt.

Publikationen

Klassische Printmedien verlieren im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung. Die von den Verlagen und Vertriebsdiensten herausgegebenen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Printprodukte mit zumindest teilweise linksextremistischen Inhalten werden mittlerweile fast ausnahmslos auch auf entsprechenden Homepages veröffentlicht.

Die wenigen organisationsunabhängigen Publikationen werden meist in geringer Auflagenhöhe herausgegeben und haben folglich nur noch einen begrenzten Verbreitungsgrad.



Das derzeit bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus ist die traditionskommunistisch ausgerichtete Tageszeitung „junge Welt“ (jW).

Die bereits in der DDR von der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) publizierte Zeitung erscheint heute im eigenständigen Verlag „8. Mai GmbH“ mit Sitz in Berlin. Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen.

Im „Kampf“ zur Errichtung einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft schließt die jW Gewalt nicht ausdrücklich aus. Viel mehr bietet sie immer wieder Personen, die politisch motivierte Straftaten ausdrücklich gutheißen, eine öffentliche Plattform.

Musik

Im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten nutzen Linksextremisten auch Musik, um über Liedtexte ihre politischen Vorstellungen zu verbreiten und zugleich Gesinnungsgenossen zu Unternehmungen zu mobilisieren.

Musik wird aber auch eingesetzt, um Gelder für eigene Aktivitäten zu erwirtschaften und neue Sympathisanten anzuwerben, indem z.B. Partys oder Konzertabende in den als „Freiräumen“ genutzten Einrichtungen veranstaltet werden.

Der Einsatz von Musik als Mittel zur Mobilisierung zeigt sich gelegentlich auch vor größeren Veranstaltungen. In Videos, die über das Internet verbreitet werden, dienen Musik und gewaltverherrlichende Bilder dazu, z.B. für Angriffe auf rechtsextremistische Demonstranten zu werben und die eigene Gewaltbereitschaft gegenüber mutmaßlichen „Nazis“ zu schüren.



Fazit

Seit der formalen Auflösung der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) im Jahr 1998 gab es in Deutschland keine weiteren Todesopfer durch linksextremistische Anschläge. Die hohe Aggressionsbereitschaft im gewaltorientierten Linksextremismus besteht aber weiterhin fort. Angehörige der Szene verüben immer wieder Gewalttaten bis hin zu schwersten Körperverletzungen oder versuchten Tötungsdelikten.

Derzeit beherrschen interne Debatten zur Frage der besseren Anschlussfähigkeit an gesamtgesellschaftliche Diskussionen die linksextremistische Szene. Um den eigenen Einfluss zu erhöhen, plädiert ein stärker politisch und strategisch denkender Teil der autonomen Aktivist*innen dafür, die eigene Organisationsferne zu reduzieren, um kampagnefähige Themen wie „Repression“, „Überwachungsstaat“, Flüchtlings- und Asyldebatten, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie die in Teilen der EU herrschende Schulden-, Wirtschafts- und Finanzkrise für die Anliegen der Szene stärker nutzen zu können.

Hierbei tritt vor allem die Überlegung in den Vordergrund, auch szeneeextern unter Nichtextremisten mehr Akzeptanz – und dadurch neue Bündnispartner – zu gewinnen, ohne dabei der Anwendung von Gewalt grundsätzlich abschwören zu müssen.

Unter dem äußeren Eindruck des demokratischen Aufbegehrens geht es den Verfechtern einer derartigen Zielsetzung insbesondere darum, einerseits legitime Proteste zu radikalisieren – und so für linksextremistische Zwecke zu instrumentalisieren –, andererseits Kräfte zu bündeln, um dadurch die eigene Kampagne- und Politikfähigkeit zu erhöhen.

Die Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus gehört deshalb nach wie vor zu einer Kernaufgabe der Sicherheitsbehörden.



Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz
 Öffentlichkeitsarbeit
 Merianstraße 100
 50765 Köln
 oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de
www.verfassungsschutz.de
 Tel.: +49(0)221/792-0
 Fax: +49(0)221/792-2915

Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz
 Print- und MedienCenter

Bildnachweis

© dpa
 © picture alliance / AP Images
 © picture alliance / ZB
 © picture alliance / CITY PRESS
 © picture alliance / CITYPRESS24
 © picture alliance / blickwinkel
 © picture alliance / dpa
 © picture alliance
 © picture alliance / ZUMA PRESS
 © picture alliance / Geisler_Fotopress
 © picture alliance / ZB Fotoreport
 © dpa / Bildarchiv
 © picture alliance / dpa Fotoreport
 © BfV
 S.30 <http://www.war-starts-here-camp-2015.org>
 S.34 <http://aaza.blogspot.de>
 S.40 <http://www.mlpd.de>
 S.41 <http://www.labournet.de/interventionen/wipo-gegen-wehr/antikap/commons/berliner-liste-miterinnen-stressen-zurueck/>

Stand

Mai 2016

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:

www.verfassungsschutz.de

